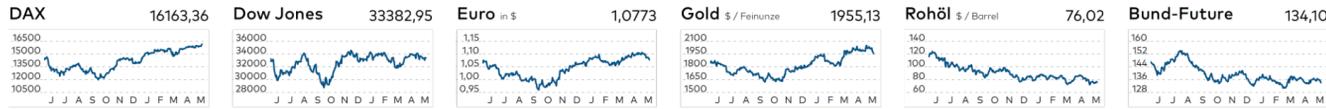
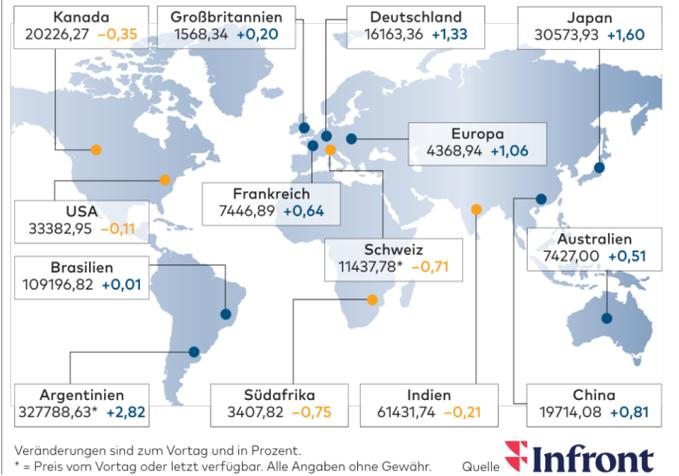


BÖRSEN-WELT:



DAX	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2023
Adidas NA	164,44	+1,1	93,40	191,2	29,60	0,70	0,43		
Airbus	128,80	+0,3	86,53	131,2	101,80	1,80	1,40	22,40	
Allianz vNA	210,05	+0,6	156,2	228,4	84,72	11,40	5,43	8,83	
BASF NA	47,46	+1,1	37,90	54,04	42,42	3,40	7,16	11,57	
Bayer NA	54,11	+0,6	46,70	67,49	53,16	2,40	4,44	10,61	
Beiersdorf	127,45	+0,9	88,94	128,6	32,12	0,70	0,55	33,10	
BMW St.	102,50	+2,4	68,44	109,8	61,70	8,50	8,29	7,43	
Brenntag NA	76,18	+1,5	53,58	77,60	11,77	1,45	1,90	14,24	
Commerzbank	9,92	+4,4	5,65	12,01	12,43	-	-	6,84	
Continental	68,94	+2,4	44,31	79,24	13,77	1,50	2,18	9,63	
Covestro	40,12	+0,8	27,69	44,76	7,75	-	-	44,58	
Daimler Truck	29,04	+1,9	22,48	33,31	23,90	-	-	7,74	
Dt. Bank NA	9,76	+0,7	7,25	12,36	19,91	0,30	3,07	5,01	
Dt. Börse NA	167,00	+1,1	148,2	186,4	31,73	3,60	2,16	18,25	
Dt. Post NA	41,79	+2,3	29,68	44,64	51,78	1,85	4,43	12,47	
Dt. Telekom	21,79	-0,2	17,35	23,13	108,65	0,70	3,21	14,06	
E.ON NA	11,09	+0,9	7,28	12,29	29,29	0,51	4,60	12,32	
Fresenius	27,13	-1,8	19,69	32,86	12,42	0,92	3,39	9,87	
Hann. Rück NA	192,20	+0,4	131,4	194,1	23,18	6,00	3,12	12,90	
Heidelb. Mat.	69,62	+1,2	38,73	70,96	13,44	2,60	3,73	8,87	

INDIZES



Google will inaktive Konten entfernen

Löschen der Identitäten schafft Probleme für Nutzer

Aben Sie ein altes Google-Nutzerkonto, in dem noch digitale Erinnerungen schlummern, das sie aber nicht mehr nutzen? Dann sollten Sie schnell das Passwort wieder hervorkramen, sich einmal einloggen, eine E-Mail schicken – und so einen unsichtbaren Löschen-Countdown wieder zurücksetzen. Denn der Internetkonzern Google plant eine große Aufräumaktion unter seinen Benutzerkonten: Alle Konten, die mindestens zwei Jahre lang nicht genutzt wurden, will Google sukzessiv löschen.

VON BENEDIKT FUEST

Die Löschkaktion soll ab Ende 2023 starten, dann will Google erst ältere inaktive, dann jüngere ungenutzte Konten von seinen Servern werfen – inklusive aller Inhalte, E-Mails, Favoritenlisten, Back-ups, Dokumente, Bilder und Videos. Für normale Nutzer, die ihr Konto regelmäßig nutzen, ist das kaum relevant – ihre Konten sind sicher. Selbst wer den regelmäßigen Login vergisst, wird vor dem Löschen mehrfach per E-Mail gewarnt und erinnert. Zum Zurücksetzen des Timers genügt schon ein einziger erfolgreicher Login in das E-Mail-Konto. Ebenfalls nicht gefährdet sind Konten, die YouTube-Videos einhalten. Denn würde der Konzern diese löschen, dann würde er einen Gutteil der YouTube-Historie löschen und Videos vernichten, die möglicherweise einen historischen Wert haben könnten.

Doch in allen anderen Fällen könnte die neue Löschk-Regel für Probleme sorgen: Viele Nutzer halten die E-Mail-Konten verstorbener Verwandten online, auch da sie vermeiden möchten, dass die E-Mail-Adressen an andere fallen können. Hier müssen die Erben reagieren und sich einmal einloggen. Ohne passendes Passwort jedoch wäre das unmöglich. Noch schlimmer ist die Löschkregel für all diejenigen, die aus anderen Gründen sich nicht einloggen können: Sei es, dass Nutzer aus medizinischen Gründen aktuell nicht in der Lage zu einem Login sind – der Extremfall wäre das Wachkoma –, sei es, dass sie aktuell und für längere Zeit offline sind.

Insbesondere in den USA dürfte dieses Problem viele Häftlinge treffen, die hinter Gittern keinen Zugang zum Internet haben, die aber auch, und sei es, um sich nicht selbst zu belasten, den Login auch nicht an Angehörige weitergeben möchten. Sie müssten nach der Haftentlassung ihre digitale Identität komplett neu aufbauen, denn oftmals ist das E-Mail-Konto auch der Schlüssel zu diversen anderen Diensten wie etwa Bezahl-Anbietern oder digitalen Serviceanbietern. Ohne ihn verfällt auch der Zugriff auf digitale Inhalte bei anderen Anbietern, wie etwa Streaming-Diensten. Auch betroffen sind Nutzer der deutschen E-Mail-Anbieter GMX und Web.de: Sie löschen laut ihren Nutzungsbedingungen bereits nach zwölf Monaten ein ungenutztes Konto.



Qualitätstest für Druckereien

Eine Statistik macht derzeit auf Twitter die Runde. Sie bescheinigt eine Explosion italienischer Exporte nach China: Demnach exportierte Italien im Februar Waren für drei Milliarden Euro nach China – ein Plus von 62 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahresmonat und fast doppelt so viel wie im Dezember 2022. Der Ausschlag ist so stark, dass er Analysten und Experten auffiel, die sich auf eine Ursachensuche begaben. Sie wurden fündig: Robin Brooks, Chefvolkswirt des Institute of International Finance, meldete, dass die Pharma-Exporte dafür verantwortlich seien. Doch bisher weiß niemand, welche Unternehmen plötzlich so viel mehr Waren nach China ausgeschifft haben.

VON VIRGINIA KIRST
AUS ROM

Anfangs glaubte Brooks, die Erklärung zu kennen: Weil in China die im Westen entwickelten Covid-Impfstoffe nicht auf dem Markt sind, würden die Chinesen sich ein italienisches Lebermedikament verschreiben lassen, das angeblich gegen eine Covid-Ansteckung helfen soll. Dieses Medikament namens UDCA wird in Italien von ICE Pharma hergestellt, das in Reggio Emilia sitzt.

Auf Nachfrage italienischer Medien gab ICE Pharma jedoch an, keine relevante Absatzsteigerung zu verzeichnen. Peter Ceretti, Analyst der Eurasia Group, lieferte daher eine alternative Erklärung: Seiner Meinung nach sind die insgesamt hohe Nachfrage nach Medikamenten aus China sowie Re-Importe dafür verantwortlich: „Große Pharma-Unternehmen, die in Italien präsent sind, verwenden möglicherweise importierte Produkte von Tochtergesellschaften oder Zulieferern in anderen europäischen Ländern, um die sehr starke Nachfrage nach Medikamenten auf dem chinesischen Markt zu decken“, mutmaßte er. Zwar ist der Grund für den Anstieg damit noch nicht abschließend geklärt, doch die Diskussion über die italienisch-chinesische Handelsbilanz kommt zu einem bezeichnenden Zeitpunkt: Denn Italien diskutiert derzeit darüber, wie es seine künftigen Wirtschaftsbeziehungen zu China gestalten will.

Zentral ist dabei das weitere Vorgehen beim Seidenstraßen-Abkommen, das Italien im März 2019 als erstes und einziges G-7-Land mit China geschlossen hatte.



Chinas Präsident Xi Jinping (l.) und der italienische Ex-Premier Giuseppe Conte haben im Jahr 2019 einen Deal geschlossen.

Sackgasse Seidenstraße

Italien hat sich 2019 als einziges G-7-Land der „Belt and Road“-Initiative angeschlossen. Regierungschefin Meloni will das Bündnis nun verlassen

Es sieht eine enge Zusammenarbeit im Rahmen von Chinas Mega-Infrastrukturprojekt „Belt and Road“-Initiative vor. Dass Italien – damals regiert von einer populistischen Regierung aus Fünf Sterne Partei und Lega-Partei – das Abkommen 2019 unterzeichnet hatte, war ein großer Erfolg für China und gleichzeitig ein Affront für die EU-Partner.

Nach deren lautem Protest wurde der Umfang des Abkommens zwar reduziert – zur Unterschrift kam es aber trotz des Vorwurfs, Italien würde so

zum trojanischen Pferd werden, mit dem China in die EU einzug halten würde. Doch die damalige Regierung in Rom versprach sich, dank des Abkommens den Rückstand aufzuholen, den Italien im Vergleich zu Deutschland und Frankreich beim Handel mit China aufwies. Heute – drei Regierungen später – ist mit der Rechtsnationalistin Giorgia Meloni eine Frau Regierungschefin, die sich in der Außenpolitik betont an den USA orientiert. Im Wahlkampf hatte sie deshalb mehrfach er-

klärt, das Seidenstraßen-Abkommen nicht zu unterstützen.

Passend dazu meldete die Nachrichtenagentur Bloomberg kürzlich, dass Melonis Regierung den US-Partnern signalisiert habe, bis Jahresende aus dem Seidenstraßen-Abkommen aussteigen zu wollen. Entsprechend offensiv sagte der italienische Außenminister Antonio Tajani von der rechtskonservativen Partei Forza Italia, Italien sehe China vor allem als „Konkurrenten“ und überlege derzeit, ob Italien das Sei-

denstraßen-Abkommen verlängern wolle. Das Problem ist jedoch, dass es nicht um eine Verlängerung geht, sondern vielmehr um einen aktiven Austritt. Denn der Vertrag mit China endet nach seiner vierjährigen Laufzeit nicht automatisch, sondern bedarf einer Kündigung, die von China als Affront aufgefasst werden könnte. Das kann Meloni nicht wollen, denn China soll auch ohne Abkommen ein wichtiger Handelspartner Italiens bleiben.

Nicola Casarini, China-Experte beim italienischen Politikforschungsinstitut Affari Internazionali (IAI), glaubt, dass der Exportanstieg und die Debatte um den Austritt aus dem Seidenstraßen-Abkommen zusammenhängen könnten: „Sollten die Zahlen der gestiegenen Exporte nach China kein Fehler sein, würde es mich nicht überraschen, wenn die chinesische Regierung absichtlich dafür gesorgt hat, dass China mehr Waren aus Italien importiert“, sagt er WELT. Denn: „China hat großes Interesse daran, dass Italien sich nicht aus dem Abkommen verabschiedet“, so Casarini.

Aus italienischer Sicht stellt sich die Lage indes anders dar: „Italien hatte darauf gehofft, dass seine Unternehmen einen bevorzugten Zugang zum chinesischen Markt erhalten würden und das Handelsdefizit verkleinert werden würde“, sagt Casarini. „Doch beides ist nicht eingetreten.“ Zwar seien Produkte der Kategorie „Made in Italy“ stärker verkauft worden, allen voran im Luxussegment, also Kleidung oder Autos, aber auch Lebensmittel wie Wein oder Käse. Doch gleichzeitig seien gerade während der Pandemie die Importe medizinischer Hilfsmittel wie Masken aus China stark angestiegen, sodass Italien weiterhin deutlich mehr Waren aus China importiere als umgekehrt.

„Indem die chinesische Regierung für einen unverhofften, starken Anstieg der Export-Zahlen sorgt, könnte sie der italienischen Regierung signalisieren, was noch möglich ist“, sagt Casarini. Doch dafür ist es nun wohl zu spät: Experten halten es für wahrscheinlich, dass Italien aus dem Seidenstraßen-Abkommen austreten wird. Damit in diesem Fall beide Seiten ihr Gesicht wahren, könnte Italien China die Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Projekt anbieten. So könnte der Austritt als Beginn einer neuen Zusammenarbeit umgedeutet werden. Neuigkeiten dazu könnte es im Umfeld des G-7-Gipfels in Japan geben.

Einigung im Streit um US-Schuldengrenze in Sicht

US-Präsident Joe Biden und der republikanische Vorsitzende im Repräsentantenhaus zeigen sich optimistisch. Die Börsen ziehen an

Der amerikanische Präsident Joe Biden gibt sich hoffnungsvoll, dass das Land einen noch nie da gewesenen Zahlungsausfall abwenden kann. „Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Einigung über den Haushalt erzielen werden und dass Amerika nicht in Verzweiflung geraten wird“, sagte Biden am Mittwoch im Weißen Haus. Die Gespräche mit den Republikanern im Kongress seien produktiv gewesen, und es gebe keine Alternative zu einer Einigung. Die Einigung soll am Sonntag spätestens stehen.

Im Streit um eine Anhebung der Schuldenobergrenze bemühen sich die Verhandlungsführer der Demokraten und der Republikaner um eine Einigung, die eine historische beispiellose Zahlungsunfähigkeit des Landes abwenden soll. Die könnte innerhalb weniger Wochen eintreten, sollte es zu keiner Übereinkunft kommen. Der republikanische Vorsitzende im Repräsentanten-

haus Kevin McCarthy hatte zuvor dem Sender CNBC erklärt, er sei zuversichtlich, dass nun eine Struktur da sei, um einen Weg zu einem Ergebnis zu finden. Der Zeitplan sei zwar sehr eng: „Aber wir werden sicherstellen, dass wir präsent sind und das schaffen.“

In den aktuellen Verhandlungen über die Anhebung der US-Schuldenobergrenze werde es keine Diskussion über Steuern geben. McCarthy verteidigte zugleich die Vorschläge der Republikaner, Ausgabenobergrenzen einzuführen und überdies Arbeitsanforderungen für Bürger zu schaffen, die bestimmte staatliche Sozialleistungen beziehen. Dies dürfte einigen Zündstoff für die Verhandlungen bieten: Der demokratische Fraktionschef im Repräsentantenhauses, Hakeem Jeffries, sagte CNBC, die Einführung solcher Arbeitsanforderungen sei unvernünftig. Dennoch sei er optimistisch, dass in den Gesprächen über die Schuldenobergrenze eine ge-

meinsame Basis gefunden werde. Auch Biden betonte, dass sich alle Beteiligten – neben McCarthy und Jeffries, der Demokrat Chuck Schumer und Republikaner Mitch McConnell – einig seien, dass es nicht zu einem Zahlungsausfall kommen werde. „Ich bin zuversichtlich, dass alle in diesem Raum darin übereinstimmen, dass wir zusammenkommen werden, weil es keine Alternative gibt“, erklärte der Präsident. „Wir müssen das Richtige für unser Land tun. Wir müssen weitermachen.“ Bereits seit Dienstag ist eine kleine von Biden und McCarthy beauftragte Gruppe daran, die Details auszuhandeln. Das Ziel ist eine endgültige Einigung der beiden Parteien herbeizuführen.

Kurz nach seinen Ausführungen am reiste Biden zum Gipfeltreffen der Gruppe der Sieben in Japan ab. Der Präsident sagte, er werde während des Gipfels in ständigem Kontakt mit Mitarbeitern im Weißen Haus stehen. Ein ur-

sprünglich geplanter Abstecher nach Papua-Neuguinea und Australien wurde am Dienstag abgesagt. „Ich habe meine Reise verkürzt, um bei den abschließenden Verhandlungen dabei zu sein und das Abkommen mit dem Mehrheitsführer zu unterzeichnen“, sagte Biden vor seiner Abreise aus dem Weißen Haus. „Ich habe deutlich gemacht, dass Amerika kein säumiges Land ist, wir zahlen unsere Rechnungen.“ Biden wird am Sonntag zurück erwartet – dann sollen die Verhandlungen spätestens abgeschlossen werden.

Wird der Schuldenumfang für die US-Regierung nicht erweitert droht nach Angaben von Finanzministerin Janet Yellen ein Zahlungsausfall möglicherweise bereits am 1. Juni. Die Schuldenobergrenze liegt derzeit bei etwa 31 Billionen Dollar. Ist sie erreicht, könnten die USA ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen, was wirtschaftlich katastrophale Folgen hätte.

Hoffnung auf eine Einigung im US-Schuldenstreit hat die Wall Street am Mittwoch angetrieben. Für zusätzlichen Optimismus im Bankensektor sorgte die Regionalbank Western Alliance mit einem ermutigenden Liquiditätsstand. „Der vorsichtige Optimismus, der sowohl von Präsident Biden als auch von Sprecher McCarthy zum Fortschritt der Schuldengespräche geäußert wurde, hat dazu geführt, dass sich die Menschen ein wenig besser fühlen“, sagte Michael James, Leiter des Aktienhandels bei Wedbush Securities. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss am Mittwoch 1,2 Prozent höher auf 33.420 Punkten. Der technologielastige Nasdaq rückte 1,3 Prozent auf 12.500 Punkte vor. Der breit gefasste S&P 500 legte 1,2 Prozent auf 4158 Punkte zu. Ein Streit über die Schuldenobergrenze ist in den USA zwar vergleichsweise häufig und oft kam es zu Einigungen in letzter Minute.

AP/rtf